



An die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1 – 3
50667 Köln

Stephan Boyens
Zimmer 320

Tel: +49 (221) 221-25396

stephan.boyens@stadt-
koeln.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 26.04.2021

AN/0934/2021

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	06.05.2021

Demotratieklausel bei der Förderung von Vereinen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD Fraktion bittet Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu nehmen:

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die rechtlichen Grundlagen einer kommunalen Demokratieklausele zu prüfen. Das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes soll zukünftig die Voraussetzung für die Ausschüttung von städtischen Fördermitteln sowie anderer Unterstützungen z.B. das dauerhafte Überlassen von städtischen Immobilien (z.B. das Autonome Zentrum) an Vereine und sonstige Organisationen sein.“

Der Rat der Stadt Köln verurteilt die linksextremen Ausschreitungen der Unterstützerszene des Autonomen Zentrums am 17. April rund um den Barbarossaplatz.

Begründung:

Staatliche Mittel sollten nicht gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingesetzt werden. Deshalb sollten sich Empfänger von staatlichen Mitteln zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bekennen. Die Stadt Köln sollte nicht die Gegner dieser Ordnung unterstützen.

Am Samstagabend, des 17. Aprils 2021, kam es zu schweren Ausschreitungen am Barbarossaplatz von linken Unterstützern des Autonomen Zentrums an der Luxemburger Straße 93.

Dieses beherbergt laut Landesregierung fünf linksextreme Organisationen. Die Immobilie an der Luxemburger Straße 93 gehört der Stadt Köln.

In einem Tweet von Unterstützern dieses Autonomen Zentrums wird mitgeteilt, dass man einen „Vorgeschmack“ gegeben habe, wenn man weiter mit „Pseudoangeboten“ bei der Suche nach Alternativstandorten hingehalten werde.¹ Es wird außerdem gedroht, dass man die Innenstadt räumen würde. Fotos aus der AZ-Unterstützerszene zeigen klar, dass vom Autonomen Zentrum in die Innenstadt gezogen wurde.²

Politischer Gewalt darf der wehrhafte Rechtsstaat nicht nachgeben. Deshalb muss dieser linken Straftäterszene der Nährboden in Köln entzogen werden.

gez. Matthias Büschges
(Fraktionsgeschäftsführer)

¹ <https://twitter.com/rabAZkoeln/status/1383507084776411136>

² <https://twitter.com/rabAZkoeln/status/1383531644821282817>